

gewährt wird, werden nur 400 Mark bewilligt, wenn lediglich einer der Ehegatten auf dem Lande gearbeitet hat.

Die Verordnung enthält außerdem die Bestimmung über Abschreibungsfreiheit für Landarbeiterwohnungsbau.

Friedensabstimmung in Frankreich

Bemerkenswertes Eingeständnis aus Paris.

Zur Rede des französischen Ministerpräsidenten erklärt die nationalistische „Liberté“, trotz der Umschreibungen, die Daladier zu machen gesucht ist, hat er dem Volke jene Wahrheit gesagt, daß nämlich durch die friedlichen Entschlossenheit Englands, Frankreichs und Deutschlands im vergangenen Mai wegen des tschecho-slowakischen Konflikts für Europa die Katastrophe vermieden worden sei. Was aber noch bemerkenswert ist: der Ministerpräsident habe darauf hingewiesen, daß durch eine so geartete Zusammenarbeit — erneuerte und gestärkte — die europäischen Probleme ohne Eingriffe enden sollten.

Man müsse jedoch einen Vorbehalt machen: eine solche Außenpolitik schlägt eine Zinne politisch ein, die die Regierung ins Auge zu lassen sich noch weitgereiht. Daladier habe in seiner Weisheit und selbst in seiner Regierung noch zu viele Männer, die bereit seien, jeden Willen zu einer europäischen Verbündung zu sabotieren. Wenn man die Strategie ändern wolle, müsse man den Generalstab ersetzen. Es sei schön, den Fanatiken eines sogenannten Präventivkrieges eine strenge Lehre zu erteilen, aber es würde noch besser sein, so schlicht das Blatt, sie von der Regierungsmehrheit und aus der Regierung selbst auszuschalten und sie endlich auf den einzigen richtigen Platz zu versetzen, nämlich in Acht und Vorn der Nation.

Der „Temps“ betont zur Rede Daladiers, wenn die internationale Lage weiter ernst bleibe, so sei es wenigstens ermutigend, daß die Regierungen der hauptsächlichsten Mächte weiter ihre besten Anstrengungen unternehmen mit der Absicht, die Wege für eine Annäherung und eine wirklich fruchtbare Zusammenarbeit zu ebnen. Keine Regierung dürfe Daladier Worten gegenüber indifferent bleiben, wo er von den gemeinsamen Anstrengungen für die Organisation des Friedens gesprochen habe. Was man auch über die Verpflichtungen Frankreichs gegenüber der Tschecho-Slowakei denken könne, sie beständen weiter in ihrem ganzen Wert, solange der französisch-tschechische Vertrag von 1925 nicht revidiert sei. Frankreich habe gegenüber der Tschecho-Slowakei die Pflicht, seine Bemühungen zu unterlassen, um den Frieden aufrechtzuerhalten.

Neue französische Rüstungsanleihe

Die zweite innerhalb eines Vierteljahrs

Trotz der schweren wirtschaftlichen Sorgen, auf die französische Ministerpräsident Daladier in einer Pariser Rede eben erst hinwies, hat der Verwaltungsrat der autonomen Landesverteidigungsfasse den Vorschlag zur Auslegung einer neuen Rüstungsanleihe mit achtzehnmonatiger Laufzeit genehmigt.

In einem Aufruf verweist der Verwaltungsrat auf das günstige Ergebnis der Anleihe vom 16. Mai und auf die Notwendigkeit zur Rüstung Frankreichs für die Aufrechterhaltung des Friedens. Frankreich legt also darmit innerhalb eines Vierteljahrs die zweite Rüstungsanleihe auf.

2370 Flugzeuge bis zum Frühjahr 1940

Zur Verstärkung der britischen Luftwaffe wurde ein Nachtragshaushalt in Höhe von 22,9 Millionen Pfund Sterling (rund 275 Millionen Mark) eingereicht, der auf dem Anleiheweg gedeckt werden soll. Die Anleihe wird im Rahmen des Anleihebetrages von 400 Millionen Pfund Sterling für die britische Ausrüstung gegeben werden. Der Gesamtbetrag für die Ausrüstung in diesem Jahre beläuft sich danach auf 126,4 Millionen Pfund Sterling. Die Mehrkosten werden mit der Vergrößerung der englischen Luftflotte auf 2370 Flugzeuge bis Ende März 1940 und der dadurch notwendig werdenden entsprechenden Verstärkung des Personals in der Bodenorganisation begründet.

Stalins Blutterror

Besondere Lager für Todeskandidaten

Der kürzlich nach Mandchukuo entflohenen und jetzt in Tokio befindliche GPU-Kommissar Ljuschkow erklärte u. a., daß über eine Million Menschen in den Sowjetgefängnissen lägen; mehrere Millionen seien verhaftet. Da die Gefangenen übersättigt seien, habe Stalin besondere Lager für die Todeskandidaten eingerichtet. In dem Gebiet westlich des Ural gebilde 30 solcher Lager und in Sibirien fünf Lager. Mehr als 10.000 hohe Regierungsbeamte, Offiziere und Angehörige der Roten Armee seien Stalins Blutterror bereits zum Opfer gefallen.

Die Stalinfürdliche Bewegung habe bereits weite Kreise der Bevölkerung und der Roten Armee erfaßt. Denn Stalins Terror richtet sich gegen alle wirtschaftlichen oder vermeintlichen Gegner, insbesondere aber gegen die alten Revolutionäre und Anhänger der ursprünglichen Lenin-Doktrin. Die Aufstellung eines terroristischen Hauptquartiers in Leningrad im Jahre 1935 und die angebliche Bewegung zur Ermordung Stalins sowie den Fall Trotski-Sinowjew vom Jahre 1936 seien von der Umgebung Stalins erfunden worden, um die Gegner Stalins zu bestimmen und gegen Beamte vorzugeben, denen Unfähigkeit bei der Unterdrückung der Anti-Stalin-Bewegung vorgeworfen wurde. Es sei unwahr, daß Sinowjew und Kamnev Spione getötet hätten oder daß die Trotskisten Beziehungen zu Deutschland unterhalten hätten.

Aus eigener Erfahrung schilderte Ljuschkow die furchtbaren Folgemethoden in den GPU-Gefängnissen, die dazu dienen sollten, Aussagen zu erpressen oder Widerstände niederzuschlagen. Heute herrsche in der Sowjetunion der absolute Terror Stalins, der sich mit willfährigen, schwächeren und charakterlosen Personen umgeben habe. Über die mögliche Weiterentwicklung in Sowjetrußland wollte Ljuschkow sich nicht äußern.

Weiter erklärte Ljuschkow, Stalin sei in seiner Außenpolitik ein Abenteurer, der mit dem Mittel arbeite, eine Bedrohung Sowjetrußlands durch Japan vorzu-

setzen.

Die englische Öffentlichkeit beschäftigt sich stark mit den politischen Problemen, die mit der Lage in der Tschecho-Slowakei und in Spanien sowie mit den Beziehungen Englands zu Deutschland und Italien zusammenhängen.

Zu den deutsch-englischen Beziehungen, so schreibt Reuter, sei in London erklärt worden, England habe nie die Tür zugeschlagen. Eine friedliche Vereinigung der tschechischen Krone als ein Ergebnis englisch-französisch-deutsche Zusammenarbeit würde nach Londons Ansicht eine Atmosphäre schaffen, in der deutsch-englische Versprechungen aufgenommen werden könnten. In der Frage einer wirtschaftlichen Vereinigung Europas sei England bereit, durch Handelsabkommen zur Verbesserung der Lage beizutragen. Nichts, was England zur Verbesserung des Handelsvertrages tut, geschehe auch nur mit der geringsten Absicht, den deutschen Handel zu blockieren oder Deutschland wirtschaftlich oder politisch einzutreiben. — In der südeuropäischen Frage sei man in London der Ansicht, daß es zu einem unmittelbaren Ergebnis führen würde, wenn eine 60- oder 70prozentige Verbündung erzielt würde. — Im Fernen Osten sehe man noch keine Aussicht für eine Vermittlungsmöglichkeit.

Auch die „Times“ und der „Daily Telegraph“ nehmen, offenbar von zuständiger Stelle beeinflußt, zu den großen schwierigen Fragen der europäischen Politik Stellung. Beide Darstellungen entsprechen sich inhaltlich ungefähr und deuten sich auch mit den Ausführungen des diplomatischen Korrespondenten von Prag überein.

Der diplomatische Korrespondent der „Times“ schreibt u. a., daß die Nachrichten aus Prag jetzt etwas besser klären. Das werde von der britischen Regierung begrüßt, die nie vergessen habe, daß es zwei dringende Probleme in Europa gebe, die geregelt werden müssten, ehe man an eine allgemeine Vereinigung denken könne, Spanien und das Sudetenland. Das tschechische Problem. Wenn eine friedliche Lösung in der Tschecho-Slowakei erreicht werden könnte, so würde das aus einem gewissen Maß von Zusammenarbeit und Verstehen zwischen der Tschecho-Slowakei, Deutschland, England und Frankreich herriihren. Und dann, so meint man in London, würde es gewiß sein, daß eine Atmosphäre geschaffen werden könnte, in der viele Erörterungen, die jetzt unterbrochen seien, wieder aufgenommen werden könnten. — Spanien aber sei ein mindestens ebenso großes Problem wie Mitteleuropa. Immer mehr und mehr erkenne man, daß der englische Plan fast das einzige, sicherlich aber das wahrscheinlichste Mittel darstelle, eine Regelung in Spanien herbeizuführen.

In einem Beitrag schreibt der „Daily Telegraph“, daß England über die Verbesserung der Zustaffelung des englisch-italienischen Vertrages ebenso enttäuscht sei wie Rom. Die Wiederaufnahme der alten Freundschaft zu Italien sei ein Hauptziel der britischen Politik geworden, wofür der Premierminister selbst eine besondere Verantwortung übernommen habe.

Rücksicht zur „Edenschen Außenpolitik“?

Die französische Presse willt im Zusammenhang mit der Erörterung der englisch-italienischen Beziehungen auf eine gewisse Wandlung der englischen Außenpolitik unter dem Druck der innenpolitischen Einflüsse hin. Der Londoner Zeitungsschreiber des „Journal“ schreibt, in amtlichen englischen Kreisen erkläre man, daß die im englisch-italienischen Abkommen enthaltenen, Spanien betreffenden Bedingungen voll und ganz aufrechterhalten würden. Für englisch-deutsche Verhandlungen bleibe die Tür weiter offen. Man sei in Londoner Kreiskreisen der Ansicht,

dass eine Regelung der sudetendeutschen Frage eine ähnliche Stimmung für Wiederaufnahme der politischen Verhandlungen mit Deutschland vorbereiten würde.

Das „Courrier“ glaubt einen der wichtigsten Gründe für die neue Haltung der englischen Regierung darin sehen zu können, daß die wahren Führer der englischen Opposition Baldwin und Churchill seien. Baldwin und Churchill verbreiteten sich in dem Gedanken, den ehemaligen Außenminister Eden auf eine neue in den Vordergrund zu rücken und griffen daher ununterbrochen das britische Kabinett in seiner Außenpolitik an. Kurz und gut, die englische Regierung sei zu der Schlussfolgerung gekommen, daß sie, um ihren eigenen Bestand zu sichern, in gewisser Hinsicht eine „Edensche Außenpolitik“ betreiben müsse.

Britische Kommission für Spanien

Wiederholung Chamberlain vor dem Unterhaus

Ministerpräsident Chamberlain gab im Unterhaus bekannt, daß es sich aus verschiedenen Gründen als unmöglich erwiesen habe, einen internationalen Ausschuß zur Untersuchung der Bombenabschüsse in Spanien zu zusammensetzen. Die britische Regierung beabsichtigt daher, so bald wie möglich eine aus zwei britischen Staatsangehörigen bestehende Kommission nach Spanien zu entsenden.

Zu den Verhandlungen mit Franco nach der Rückkehr Sir Robert Hodgson nach London erklärte Chamberlain, Franco bleibe dabei, daß die Angriffe auf britische Schiffe nicht planmäßig erfolgt seien. Es sei britischen Schiffen, so fuhr Chamberlain fort, gesetzlich verboten, Waffen nach spanischen Häfen zu verfrachten. Die englische Regierung könne die Versetzung britischer Handelschiffe nicht als rechtmäßig erachtet ansehen. Allerdings müssen Schiffe in der Kriegszone die mit einem Kriegszustand verbundenen Gefahren auf sich nehmen. Die britische Regierung könne Angriffe, die unter diesen Umständen auf britische Schiffe erfolgten, nicht verhindern, ohne Gefahr zu laufen, die Feindseligkeiten auszudehnen. Wörtlich erklärte Chamberlain:

„Ich habe bereits gesagt, und ich sage es noch einmal, die britische Regierung kann es nicht rechtfertigen, ein solches Verfahren zu empfehlen. Gudem sie so jedes militärische Vorgehen ausschließt, ist sie nicht bereit, die Wiederholung von Angriffen einer bestimmten Art hinzunehmen.“

Wieder habe England immer in Burgos protestiert. Die Angriffe auf vereinzelte Schiffe müßten notwendigerweise planmäßig erfolgt sein, besonders in solchen Fällen, in denen Schiffe erkannt und nachher mit Maschinengewehren beschossen worden seien. Die britische Regierung ziehe immer noch mit Burgos in Verbindung, und er, Chamberlain, ziehe es vor, das Ergebnis abzuwarten, bevor er eine weitere Erklärung abgibt. Weiter erklärte der Premierminister, daß die rotspanische Regierung den Almeria-Vorschlag als unannehmbar ansiehe.

„Barbaraschacht“. Auf den drei vorgenannten Betrieben fiel 1931 die deutsche Volksgruppe rund 52 v. H. die polnische 42 v. H. der Beamten, nur 6 v. H. waren Tschechen. Heute sind von den Beamten allein 76 v. H. Tschechen, aber nur 11 v. H. gehören noch der deutschen und 13 v. H. der polnischen Volksgruppe an.

Dabei ist es interessant zu wissen, daß der größte Teil der aus dem Ostrau-Karoliner Revier, zu dem die genannten Schachtanlagen gehören, ausgeführten Steinbrüche in die deutsche Ostmark ausgeführt wird.

Nach einer Mitteilung des Pressedienstes des Deutschen Kulturbundes wird mit Beginn des neuen Schuljahres im Herbst in der fast rein deutschen Stadt Košice eine neue tschechische Fachschule für Frauenberufe eröffnet werden. Der dortigen deutschen Gewerbeschule sollen auch tschechische Parallelklassen angegliedert werden.

Bor neuen Militärmahnahmen Brüder?

Meldungen der polnischen Presse

Wie die polnische Presse berichtet, beabsichtigt die tschechoslowakische Regierung, die Wehrpflichtigen einer Mustering zu unterziehen, die bei der leichten Einberufung wegen vorgerückten Alters als militärdienst-untauglich betrachtet werden sind. Außerdem sollen sämtliche Weltkriegsteilnehmer zu außerordentlichen militärischen Übungen einberufen werden.

Der regierungskundliche „Kurier Czerwonny“ sieht in diesen Maßnahmen eine neue Mobilisierung.

Militärjubiläum Hierls

Der Schöpfer des Reichsarbeitsdienstes

Am 14. Juli fährt sich zum 45. Male der Tag, an dem der Reichsarbeitsleiter Reichsleiter Konstantin Hierls seine militärische Laufbahn begann. Im Alter von 18 Jahren trat Konstantin Hierls am 14. Juli 1893 in das 11. Bayerische Infanterie-Regiment „Von der Tann“ ein. Bei Kriegsausbruch war Hierls als Major Generalstabsoffizier beim Armeoberkommando VI „Aronprinz Rupprecht von Bayern“, 1915 Generalstabschef bei der 10. Bayerischen Infanterie-Division, 1917 in beim I. Bayerischen Reservekorps, 1917 Chef des Generalstabes des I. Bayerischen Reservekorps und im Jahre 1918 I. Generalstabschef bei der 19. Armee.

Nach Kriegsende gelang es ihm, als Freikorpsführer des „Detachements Hierls“ die Stadt Augsburg zu erobern und von den Roten reißlos zu färbern. 1922 wurde Hierls zum Oberst befördert. Nach seinem Ausscheiden aus der Reichswehr wandte er sich vollkommen der politischen Arbeit und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu. Aus seiner soldatischen Grundhaltung heraus schuf Hierls den Reichsarbeitsdienst.

Tokio. Die Zeitung „Tokio Nichi-Nichi“ meldet aus Tokio, daß der frühere Vertreter der Telegrafenagentur der Sowjetunion in Tokio, Alexei Nagi, von der GPU verhaftet worden sei. Er habe in enger Verbindung mit dem früheren Sowjetbotschafter in Tokio, Jurijew, gestanden, der von Berlin nach Moskau zurückkehren würde und den man, wie es heißt, des Landesvertrags beschuldigt.